



Ingeborg Höhne-Mack
Dr. Dorothea Kliche-Behnke
Ute Leube-Dürr
Gerhard Neth
Dr. Gundula Schäfer-Vogel
Dr. Martin Soekler

Tübingen, 08.07.2019

Antrag der SPD Fraktion

Umformulierung Klimaschutzantrag, Möglichkeit eines Bürgerentscheids

1. unverändert

2. . Im Jahr 2020 wird der Entwurf des aktualisierten Klimaschutzprogramms in einen Diskussions- und Beteiligungsprozess mit der Bürgerschaft gehen, an dessen Ende ein Beschluss des Gemeinderates über das aktualisierte Klimaschutzprogramm steht.

3. Vor der Beschlussfassung im Gemeinderat über die Frage, ob Tübingen das Ziel verfolgen soll, bis 2030 als Stadt klimaneutral zu werden, wird im Rahmen der Bürgerbeteiligung eine Befragung über die BürgerApp durchgeführt. Alternativ wird die Durchführung eines Bürgerentscheids geprüft. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

4. unverändert

Begründung:

Klimaneutralität im Jahr 2030 kann nicht ohne merkliche, in den Alltag der Menschen eingreifende Veränderungen gelingen. Sie wird erhebliche Ressourcen benötigen. Deshalb ist ein Bürgerentscheid über diese Frage gerechtfertigt. Denkbar ist die Durchführung gemeinsam mit dem bereits ins Auge gefassten Bürgerentscheid über die Regionalstadtbahn.

Dr. Martin Sökler
SPD-Fraktion

